

Anrede

Jedes Kind, jeder Mensch, der in unserem Land lebt, hat, laut der Verfassung, ein Recht auf ein unversehrtes Leben. Ich denke, darin stimmen wir alle überein. Eine Gefahr, die man nicht riecht, schmeckt oder sieht, ist die Gefährlichste, aber es ändert nichts an der Tatsache, dass die Gefahr vorhanden ist. Genauso verhält es sich mit radioaktiver Strahlung. Das Thema Krebserkrankungen von Kindern in der Nähe von Kernkraftwerken ist ein Thema, mit dem sich dieses Haus schon häufig beschäftigt hat. Es gibt in diesem Punkt auch eine große Übereinstimmung. So hat der Landtag am 12.12.07 eine EntschlieÙung vorgenommen, in der die Leukämiefälle in der Elbmarsch näher zu untersuchen seien. So weit , so gut.

Aber, wir müssen, nach der Studie, die Ende 2007 im Auftrage des Bundesamtes für Strahlenschutz(BfS), feststellen, das es eine gesicherte Erkenntnis darüber gibt, das, je näher ein Kind an einem Atommeiler wohnt, das Risiko einer Krebserkrankung deutlich steigt. Die Studie stellt einen entscheidenden Fortschritt bei der Bearbeitung der seit etwa 30 Jahren diskutierten Frage nach gesundheitlichen Einflüssen in der Umgebung von Kernkraftwerken da. In dieser Studie kommt ein neuer, epidemiologischer Ansatz als bisher zur Anwendung, bisher wurden den Studien der sogen. Ökologische Ansatz zu

Zusammenhang vermehrte Erkrankung an Leukämie von Kindern in der Nähe von Atomkraftwerken

Grunde gelegt. Wir müssen die Erkenntnisse, die aus der bisher aufwendigsten Studie- der KiKK Studie (Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken) ernst nehmen und jetzt endlich handeln.

Die Hauptfragenstellung der Studie waren: "Treten Krebserkrankungen bei Kindern unter 5 Jahren in der Umgebung von Kernkraftwerken häufiger auf?" und „gibt es einen negativen Abstandstrend, also nimmt das Risiko mit der Nähe zum Standort eines Kernkraftwerkes zu?“ Die Ergebnisse sind sehr erschreckend: eine 60 % erhöhte Kinderkrebsrate und eine um 117 % erhöhte Leukämierate bei Kleinkindern im 5km Nahbereich. Nun könnte man so argumentieren, dass es sich in dem Untersuchungszeitraum von 24 Jahren um weniger als einen Leukämiefall pro Jahr handelt. Aber, mit dem in der Studie unterstellten reziproken Abstandsgesetz, errechnen sich dem gegenüber für das gesamte Studiengebiet 127 zusätzliche Krebsfälle bei Kleinkindern.

Und meine Damen und Herren, wie lange und wie viele Studien wollen wir noch abwarten um tätig zu werden. Jede Anstrengung, die eine Erkrankung eines Kindes verhindert, muss es uns wert sein.

Jetzt ist es Zeit zu handeln. Die schon seit Jahren bestehenden Hinweise auf erhöhte Erkrankungsdaten in der Nähe von Atomkraftwerken sind mit der KiKK Studie

wissenschaftlich belegt worden. Der bisherige Modus der Emissionsmessungen und –meldungen gehört auf den Prüfstand. Die bisherigen Annahmen zum Strahlenrisiko und die daraus abgeleiteten Emissionsgrenzwerte für radioaktive Abgaben müssen kritisch geprüft und an aktuellen internationalen Forschungsstand angepasst werden.

Die SPD-Fraktion kann die Forderung nach einer Sonderprüfung und der Beweislastumkehr, so wie sie im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordern, nur unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Althusmann hat am 12.12.07 bei seinem Wortbeitrag in der Plenarsitzung gesagt, ich zitiere: “Wenn ein Kind an Blutkrebs erkrankt, ist jeder Einzelfall ein besonders schweres Schicksal. Für die Familie ist es mit vielen Sorgen, Nöte und Ängsten verbunden. Weder Verharmlosungen noch vorschnelle Bewertung helfen weiter.“ Zitat Ende

Wir haben zahlreiche Experten befragt und eine fundierte Studie, die, im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz erstellt worden ist, vor uns.

Ich frage Sie, was brauchen wir noch um endlich tätig zu werden?

Zusammenhang vermehrte Erkrankung an Leukämie von Kindern in der Nähe von Atomkraftwerken

Die sicherste aller Maßnahmen ist allerdings der Ausstieg aus der Atomenergie. Ich weiß, sie werden mich jetzt an den Atomkonsens erinnern. Er ist allerdings nur dann noch tragbar, wenn die Menschen, die in der Umgebung eines Kraftwerkes leben, gesundheitlich keinen Schaden nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Im Dezember letzten Jahres, ganz genau am 12.12.07 hat der Umweltminister Sander bei seinem Wortbeitrag das fehlende Vorliegen der kompletten Studie beklagt. Nun kann sich die Regierung nicht mehr herausreden. Die Studie ist zusammengestellt und liegt vor. Lassen Sie uns jetzt über die Studie beraten und die richtigen Konsequenzen daraus ziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Kinder sind unsere Zukunft. Sichern wir ihnen gemeinsam eine gesündere und sichere Zukunft.

Danke